

II- 9155 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4589/J

1989 -11- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, Weinberger, Strobl,  
Mag. Guggenberger  
und Genossen  
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Verbot der Herstellung und Inverkehrbringung von polychlorier-  
ten Biphenylen (PCB)

In der BRD dürfen seit Juli 1989 polychlorierte Biphenyle (PCB) nicht mehr  
hergestellt, vertrieben oder verwendet werden.

PCB entsteht durch Chlorierung von Biphenylen. Der Chlorgehalt kann von  
18 % bis 25 % variiert werden. Entsprechend erhält man dünn- oder dickflüs-  
sige Öle oder Wachse.

Eine Serie von aufsehenerregenden Vergiftungen durch PCB's wurden in den  
Siebzigerjahren beschrieben. Sie beruhten nur zum Teil auf PCB, und zum  
Teil auf Verunreinigungen, wie sie in handelsüblichen Produkten enthalten  
waren, wie z.B. Dibenzofuran. Dieses Gift kann allerdings auch in erhebli-  
chen Mengen aus PCB's bei einer unsachgemäßen Verbrennung entstehen, eben-  
so wie chlorierte Dibenzodioxine.

Wegen der vorzüglichen physikalischen Eigenschaften und der chemischen Be-  
ständigkeit wurde PCB in der Vergangenheit für verschiedene Zwecke verwen-  
det. Der Hauptanteil dient in der elektrotechnischen Industrie als Trans-  
formatorenöl und als Kondensatorwachs. Weitere technische Verwertung fin-  
det PCB u.a. als Hydrauliköl, zur Wärmeübertragung in doppelwandigen Kes-  
seln sowie als Schmieröl.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Um-  
welt, Jugend und Familie nachstehende

- 2 -

**A n f r a g e:**

1. In welchen Punkten (Produktgruppen) und in welchen Mengen werden PCB derzeit in Österreich verwendet?
2. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten PCB zu ersetzen?
3. Halten Sie ein Verbot der Herstellung und des Inverkehrbringens von polychlorierten Biphenylen nach dem Muster der BRD aufgrund des § 14 Chemikaliengesetzes für erforderlich?

Zu welchem Zeitpunkt, gedenken Sie eine derartige Verordnung zu erlassen?